



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0885890

P/XIV/183 - 17. August 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Die Regierung ist müde geworden (I) Von Helmut Rohde, MdB	109
3	Warschau - Oslo Diskussion um "Friedensmeer"	54
4 - 5	Schlechte Psychologen Die "Gesellschaft für Wehrkunde" und Algerien	54
6 - 7	Fragen auf dem Kirchentag Evangelische Kirche und politische Verantwortung	72

* * *
* * *

Die Regierung ist müde geworden (I)

Von Helmut Rohde, MdB

Unter dem Regiment des Bundesarbeitsministers Theodor Blank ist die Sozialpolitik in der Bundesrepublik in eine Sackgasse geraten. Die erste Halbzeit geht im dritten Deutschen Bundestag mit mehr Fragen zu Ende als sie angefangen hat. Von einem optimistischen Drang zu tatkräftiger Sozialreform ist im Regierungslager nichts zu spüren. Die Regierung ist eher besorgt über das negative Echo, das Blank's Pläne, vor allem zur Kriegsopfer- und Krankenversicherungsreform, in der deutschen Öffentlichkeit hervorgerufen hat. Heute spekuliert sie, wie Sozialpolitik und Wahlpolitik im Hinblick auf das Jahr der nächsten Bundestagswahl miteinander vereinbart werden sollen. Hinter diesen Parteisorgen tritt die Sozialreform in der Bundesrepublik zurück. Sie ist ohnehin immer zähflüssiger geworden. Unter Blank wurde sie mehr und mehr der Ministerialbürokratie überantwortet.

In Widersprüchen gefangen

Dieser Gang der Dinge ist in den Widersprüchen der Sozialpolitik der Regierung angelegt. Auf der einen Seite spürt sie, dass in einer Massendemokratie ein gewisses Masse sozialer Leistungen notwendig ist, um nicht das politische Gesicht zu verlieren. Auf der anderen Seite aber nährt sie sich von dem neoliberalen Widerwillen vor einer vernünftigen sozialen Sicherung und einer gerechteren Verteilung des Volkseinkommens.

Unter diesem Widerspruch kann keine Sozialreform gedeihen. Er führt zu einer Politik des Jonglierens und Manövrierens und widerwilliger Teilzugeständnisse vor den Wahlen. Dieses Wesen der Bonner Sozialpolitik ist durch die Husarenritte des gefühlbeladenen Ministers Blank und durch die Ausfälle seines Staatssekretärs Claussen in der letzten Zeit einer breiten Öffentlichkeit bewusster geworden. Proteste vor allem der Kriegsopfer-, Krankenversicherten und Ärzte gegen die Absichten der Regierung sowie das Unbehagen einer Reihe Sozialwissenschaftler und Sozialpolitiker stehen am Ende der 1. Halbzeit im Bundestag. Das Unbehagen reicht bis in die Arbeitnehmerkreise der CDU hinein, die in dieser Partei zunehmend von den politischen Entscheidungen isoliert worden sind und es immer schwieriger finden, ihre Umgebung über die sozialen Ungerechtigkeiten der Regierung hinwegzutrusten.

Elan erstickt

In den Fachzeitschriften wird die Erinnerung an die ersten Jahre nach der Währungsreform wach, als der Gedanke der Sozialreform Platz gegriffen hatte. Damals hatten alle, die dieser Gedanke bewegte, das Ziel vor Augen, ein zeitgerechtes System sozialer Sicherung zu schaffen, das Leistungsrecht zu vereinfachen und die Sozialpolitik für den Staatsbürger durchschaubar zu machen. Das aus der geschichtlichen Entwicklung herrührende Neben- und Durcheinander gesetzlicher Bestimmungen sollte durch eine umfassende Neuordnung abgelöst werden. Diesen weitverbreiteten Bestreben wollte die SPD-Bundestagsfraktion schon 1952 wissenschaftlichen und politischen Ausdruck verleihen. Sie beantragte die Einsetzung einer unabhängigen Studienkommission zur Neuordnung unserer sozialen Leistungen. Wissenschaftler und Sachverständige sollten ein Konzept für die soziale Sicherung in unserer Zeit erarbeiten und auf diese Weise die Gesetzgebung unterstützen.

Die Regierungsmehrheit in Bonn lehnte die SPD-Initiative zur Sozialreform ab. Die CDU/CSU wollte sich nicht den Konsequenzen einer nüchternen wissenschaftlichen Bilanz stellen, sondern sich die Hände freihalten für

sozialpolitisches Manövrieren nach tagespolitischen Gesichtspunkten.

Das war eine bemerkenswerte Entscheidung, die in der Folge die Sozialpolitik in der Bundesrepublik gezeichnet hat. Nicht im Rahmen einer Gesamtordnung wurde Sozialreform betrieben. Vielmehr wurde die Ministerialbürokratie von der Regierung beauftragt, unter dem Druck des Tages Einzelgesetze zu diesen oder jenem Komplex vorzulegen. "Schritt für Schritt", nennt das jetzt ein hoher Ministerialbeamter in Bundesarbeitsblatt. Aber er muss zugeben: "Nicht aus einem Guss - das bedeutet Brüche, Risse, Disharmonien". Sein Trost ist: "Es wird nichts anderes übrig bleiben, als zum Schluss die Einzelgesetze noch einmal zu überholen, um wenigstens so gut als möglich auszugleichen und zu glätten".

Welche Aussicht! Das ist also unter der Bundesregierung aus dem Elan der Sozialreform geworden. Sie führt nicht zu einer für die Bürger durchschaubaren Ordnung, nicht zur klaren Gliederung der Leistungen, sondern immer mehr zu einem Aufpolieren bestehender Gesetze. Jahre wertvoller Vorarbeit sind von der Regierung vertan worden.

Der neue Stil

Nachdem es der Opposition nach harten Ringen vor der letzten Bundestagswahl gelungen war, endlich für das Teilgebiet der Renten eine Reform durchzusetzen, hat die amtliche Sozialpolitik eine merklich andere Wendung genommen. Nach diesem Zugeständnis unter dem Druck der Wahlen kam auch eine neue Tonart auf. Der Bundeskanzler selbst hob in einer seiner ersten Stegreifreden nach der Wahl warnend den Finger gegen die Sozialpolitik. Auf dem Parteitag der CDU wurde das Wort von den "Grenzen des sozialen Rechtsstaates" gesprochen, die jetzt erreicht seien. Die CDU gab sich nach der Rentenreform einer sozialpolitischen Erschöpfung hin. "Nun ist aber der Schluss", so ist etwa die Grundhaltung zu kennzeichnen, mit denen viele im Regierungslager in den dritten Deutschen Bundestag eingezogen sind.

Blank formulierte die Sozialpolitik neuen Stils. Aus seinem Haus kam als Beleg dafür ein Referentenentwurf zur Krankenversicherungsreform, dessen Grundgedanken vom Sozialkabinett der Bundesregierung ausdrücklich und öffentlich gebilligt worden sind.

Experimente am Krankenbett

Der Entwurf aus dem Hause Blank setzt nicht ein bei einer Gesundheitsversicherung für die Bevölkerung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, sondern bedient sich materialistischer Mittel, nämlich der zusätzlichen Kostenbeteiligung des Versicherten an jeder einzelnen ärztlichen Leistung, an Krankenhausaufenthalt sowie an den Arzneien und versucht vielfältige Kontrollen einzuführen. Auf diese Weise soll der Arbeitnehmer zur "Selbstverantwortung" erzogen werden. Die Arbeiter seien jetzt mündig geworden, so wird dieses Erziehungsexperiment am Krankenbett begründet, das den Schwerkranken finanziell am härtesten trifft.

Das Wort von der Mündigkeit der Arbeitnehmer ist im CDU-Gebrauch zu einem bösen Wort geworden. An Mündigkeit hat es der Arbeiterschaft in den letzten Jahrzehnten nicht gemangelt. Das beweist ihre politische Haltung gegenüber den diktatorischen Versuchungen in unserer Zeit. Sie kann sich da vor vielen sehen lassen, die sich heute ein hochnütziges Urteil über sie erlauben. Mangel aber haben die Arbeitnehmer an sozialen Rechten und Chancen gelitten, und dass ausgerechnet ihre gesellschaftliche Mündigkeit heute zum Anlass genommen wird, bestehende soziale Rechte einzuschränken, ist mehr als ein Hohn.

Die Blank'schen Grundgedanken zur Krankenversicherung sind auf weitverbreitete Ablehnung gestossen. Heute überlegt sich die Regierung, wie sie aus dem Dilemma herauskommt, ob sie trotz der Proteste einen Husarenritt wagen soll, wie ihn Blank schon gegen die Kriegsveteranen gemacht hat, ob sie Kompromisse machen oder ob sie bis zu den Wahlen "den Fortgang der Sozialreform" auf Eis legen soll.

Warschau - Oslo

Zu - Der norwegische Aussenminister Lange wird Polen in der Zeit vom 30. Oktober bis zum 11. November einen offiziellen Besuch abstatten und den Besuch des polnischen Aussenministers Rapacki vom Oktober 1958 erwidern. Der dänische Aussenminister Krag wird Polen im September einen inoffiziellen Besuch abstatten.

Bei diesen Besuchen wird wiederum der modifizierte Rapackiplan, der Plan einer von atomaren und konventionellen Waffen verdrängten Zone im nördlichen Mitteleuropa und um den Ostseeraum zur Sprache kommen. Auf alle Fälle rechnet man in Kopenhagen und Oslo damit, dass die Polen den Rapackiplan wieder aufgreifen werden und die Aussenminister der beiden skandinavischen Staaten Erörterungen darüber nicht ausweichen werden.

Ganz allgemein kann über den Besuch, den man als die "kleine Ost-West-Aussenministerkonferenz im Norden" bezeichnen könnte, das Wort des dänischen Staatsministers H.C. Hansen gesetzt werden, der sagte: "Wo in aller Welt landen wir, wenn wir nicht mehr verhandeln und uns nur auf die Waffen und auf die Macht berufen würden?"

Die nüchternen Skandinavier sehen ihre Besprechungen mit den Ostblockstaaten ebenso wie die zurückliegende Genfer Konferenz und der bevorstehende Besuchsaustausch zwischen Chruschtschow und Eisenhower als einen "Verhandlungsprozess" an. Sie erwarten von keinem einzelnen Treffer einen durchschlagenden Erfolg, sondern betrachten das ganze in erster Linie immer noch als eine Periode der Klimaverbesserung, die einmal zu konkreten Verhandlungserfolgen führen kann.

Es gibt wohl keinen Zweifel darüber, dass Norwegen und Dänemark im Bunde mit den künigisfreien Schweden für eine Entspannung im Ostseeraum eintreten und an seinen Küsten keine atomaren Waffen und Raketen sehen möchten. Aber jedesmal wenn von sowjetischer Seite das Wort vom "Friedensmeer" geprägt wird, weist man auf die enorme Aufrüstung der sowjetischen Ostseeflotte und der russischen Seestreitkräfte im nördlichen Eismeer hin.

Es kann wohl kein Zweifel darüber bestehen, dass das sowjetrussische Verlangen nach dem "Friedensmeer Ostsee" mit einem eigenen Angebot auf die Reduzierung vor allem der Flottenverbände aber auch der bis in den mecklenburgischen Raum stehenden sowjetischen Stossarmeen verbunden werden müsste.

Es ist schwer zu sagen, ob der Warschauer Aussenminister Rapacki mit seiner Regierung in Moskau genug Durchschlagsvermögen besitzt, um diesen Einwendungen der Skandinavier gegen den Rapacki-Plan zum Erfolg zu verhelfen. Die Gespräche in Warschau aber werden bereits den "Kontaktnutzen" haben, dass man eben erklärt, ein Friedensmeer kann nur geschaffen werden, wenn der am stärksten in der Aufrüstung begriffene Anlieger der Ostsee zuerst zu Konzessionen bereit ist. Bisher jedenfalls haben die Schweden nur erklären können, dass sie ihre Modernisierung und Umrüstung der Flotte fortsetzen müssen, während die Dänen und Norweger vorerst weiter in der NATO bleiben wollen, wenn man auch gewisser "militärisch überspannten Zügen" dieses Verteidigungsbündnisses manchmal mit gewissem Unbehagen gegenübersteht.

Falls aber die Begegnung zwischen Eisenhower und Chruschtschow, die ja etwas vor dem Ministertreffen in Warschau liegen wird, ein Klima schafft, das Konzessionen der beiden Grossen in Sinne der Entspannung und Abrüstung möglich macht, werden sich auch in Warschau die ersten Ansätze für die militärische Reduzierung im Ostseeraum abzeichnen können.

Schlechte Psychologen

sp - Frankreichs Stellung in Algerien steht politisch, moralisch und auch militärisch auf schwachen Füßen. Auf lange Sicht treibt es sich immer mehr in eine gefährliche Isolierung hinein. Das Streben nach Unabhängigkeit, ein Grundzug unserer Zeit, muß alle Pläne zum Scheitern bringen, koloniale oder halbkoloniale Gebiete in dauernder Abhängigkeit zu halten. Viele Milliarden hat Frankreich in das Algerienunternehmen investiert, ohne daß eine Lösung im Sinne französischer Wünsche eingetreten wäre. Seit Jahren heißt es, die französische Armee - an Zahl und Waffenausrüstung den algerischen "Rebellen" um ein Vielfaches überlegen - stehe kurz vor dem Abschluß entscheidender Operationen, die die Flamme des Aufstandes zum Verlöschen bringen werde. Auch die vielen Versicherungen französischer Politiker, durch politische Verhandlungen mit dem verständniswilligen Algerien den Krieg beenden zu können, erwiesen sich als illusorisch.

Frankreich hat es verstanden, fast die gesamte algerische Nation gegen sich aufzubringen. Sein Anspruch, jetzt wieder von Ministerpräsident Debré erhoben, es vertrete in Nordafrika die Politik des gesamten Westens, und bedürfe deshalb westlicher Unterstützung, findet nicht einmal mehr in den Vereinigten Staaten Gehör, bei denen sich die Tendenz einer abwartenden Haltung immer mehr durchsetzt. Die Vereinigten Staaten verdanken ihren Ursprung dem geglückten Aufstande gegen eine Kolonialmacht; sie würden dem Geist ihrer Verfassung und ihrer eigenen Geschichte untreu werden, hießen sie gut, daß in Namen westlicher freiheitlicher und demokratischer Prinzipien der Herrschaftsanspruch eines Volkes gegen ein nach Unabhängigkeit drängelndes Volk mit Blut und Terror beantwortet wird. Dazu kommen noch höchst realpolitische Erwägungen. Der afrikanische Kontinent steht heute geschlossen auf der Seite der Algerier, Sympathiebekundungen, oft verbunden mit materieller Unterstützung, nehmen kein Ende. Afrikanische Staaten werden auch diesmal in den Vereinten Nationen eine Algerien Diskussion auslösen - eine höchst unerwünschte, Frankreich kompromittierende Diskussion. Will Frankreich mit Gewalt eine Solidarität zwischen den afrikanischen Staaten und ihren Freunden in Asien und Südamerika mit den Staaten des Ostblocks herstellen?

Die Tragödie Algeriens, die auch eine Tragödie Frankreichs ist, betrifft deshalb nicht nur Algerien und Frankreich allein, sie hat Ausmaße angenommen, die den gesamten Westen betreffen. Für die Afrikaner kann es

nicht gleichgültig sein, auf welche Seite sich in diesem Konflikt die Sympathien europäischer Völker und Regierungen neigen, denn danach werden sie ihr künftiges Verhältnis zu Europa beurteilen. Wie bitter muß es in algerischen und afrikanischen Ohren nun klingen, wenn sie vernennen müssen, daß maßgebende Offiziere des Bonner Verteidigungsministeriums mit den französischen Militärs und Chauvinisten übereinstimmen, nicht nur aus nationalen, sondern auch aus europäischen Gründen "den Rebellenterror in Algerien mit Machtmitteln zu brechen". Diese Einmischung in einen Konflikt zugunsten einer Macht, die sich vor dem Weltbewußtsein immer mehr ins Unrecht setzt, steht Offizieren unseres Verteidigungsministeriums wirklich nicht an. Soll damit eine Gemeinsamkeit zwischen dem offiziellen Bonn und der Pariser Algerienpolitik bekundet werden? Die Ermunterung an französische Generale, den Krieg in Algerien bis zum Endsiege weiterzuführen, kommt von deutschen Offizieren, denen die Ausbildung der Reserveoffiziere der Bundeswehr übertragen ist. Die Herausgeber der "Gesellschaft für Wehrkunde" mögen vielleicht tüchtige Soldaten sein, aber daß sie geschehen ließen, daß in dieser Zeitschrift so einseitig im Algerienkonflikt Stellung bezogen werden konnte, weist sie als schlechte Psychologen aus.

+ + +

Genug des unwürdigen Spiels

sp - Seit mehr als vier Jahren liegt eine Einladung des Obersten Sowjets an den Bundestag vor, eine Delegation von Abgeordneten zu einer Besuchsreise durch die Sowjetunion zu entsenden. Wiederholt hat diese Einladung den Ältestenrat beschäftigt, immer mit dem gleichen Ergebnis: Eine Annahme konnte nicht zustande kommen, weil sich die CDU wie eine zimperliche Jungfer dagegen sträubte. Wichtige Gründe mußten dafür herhalten. Das Argument, daß Parlamentsdelegationen auch aus anderen Ländern, aus NATO-Ländern sogar, das Gebot internationaler Höflichkeit befolgten, hatte auf die CDU keine Wirkung. Sie stellte sich steif und taub. Nun soll auf einer der nächsten Sitzungen des Ältestenrates die gewiß schon viel Staub angesetzte Einladung wieder behandelt werden. Wird sich das unwürdige Spiel der vergangenen Jahre wiederholen? Wenn schon der Präsident der Vereinigten Staaten sich nicht scheut, die Höhle des Löwen zu betreten, um wieviel mehr Anlaß besteht doch für den Bundestag, mit jenen Männern in Kontakte und Gespräche zu kommen, die an Schalthobel der deutschen Wiedervereinigung sitzen. Fehlt dazu der Mut?

+ + +

Fragen auf dem Kirchentag

Bt. Es ist schwer zu sagen, wie hoch der Prozentsatz von Jugendlichen unter den Hunderttausenden von Teilnehmern am evangelischen Kirchentag in München war. Er war jedenfalls so hoch, dass die Jugend in fast allen Veranstaltungen das Bild bestimmte. Es ist nicht wahr, dass sich unsere Jugend nur für Motorräder und Nietkosen und für Filmschauspieler begeistert. Wahr ist vielmehr, dass sie sich um die Zukunft Sorgen macht, dass sie die Gegenwart begreifen will, und dass sie, was die jüngste Vergangenheit betrifft, eindringlichere Fragen stellt, als es manchen Erwachsenen lieb ist. Die Jugend fragt, weil sie sich ein Bild von dieser Welt machen will und sie verlangt sehr präzise Antworten, weil sie wissen will, in welcher Weise sie in unserer Gegenwart handelnd eingreifen soll.

War die intensive Beteiligung der Jugend, insbesondere auch an der Arbeitsgruppe "Staat", (in der sich Fritz Erler und der schleswig-holsteinische Kultusminister Osterloh unter starkem Beifall gegen die Identifizierung der Kirche mit einer Partei oder umgekehrt aussprachen) ein erfreuliches Merkmal unter den hervorstechenden Zügen dieses Kirchentages, so war es beunruhigend, dass man in München feststellen musste, wie die Möglichkeiten einer deutschen Wiedervereinigung immer weniger konkret geworden sind, ja wie sehr sich die Spaltung vertieft. Selbst innerhalb der evangelischen Kirche, dieser anderen "Klarmer der Einheit" neben der Sozialdemokratischen Partei, zeichnen sich leider die "verschiedenen Sprachen" ab, die die Deutschen heute sprechen. Das Unglück einer Spaltung auch der "Evangelischen Kirche in Deutschland" zu verhindern, dürfte das Hauptanliegen dieser Kirche in der nächsten Zeit sein. Der Generalsekretär des Kirchentages, Heinrich Giesen, hatte sicherlich recht, als er in einer Pressekonferenz erklärte, dass das Sondertreffen der Bundeswehr den gesamtdeutschen Charakter des Kirchentages nicht zuträglich sei ...

Die starke Teilnahme von evangelischen Christen aus dem Ausland, vor allem auch von solchen aus Asien und Afrika, war ebenfalls charakteristisch für diesen Kirchentag. Auch von dieser Seite her wurde gefragt und auch ihr musste geantwortet werden. Der Vizepräsident des Aussenamtes der evangelischen Kirche in Deutschland, Gerhard Stratenwerth, der darauf hinwies, dass sich Afrikaner und Asiaten nicht mehr als Kinder oder Kulis, sondern als Brüder und Partner - oder aber auch

als Feinde der Europäer fühlten, konnte hier selbst nur wieder mit einer Frage antworten: "Werden unsere Kultur und Christlichkeit vor den kritischen Augen der Afrikaner und Asiaten bestehen können?"

*

Die "Gemeinschaft für Christentum und Sozialismus, Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands e. V." hatte anlässlich des Kirchentages im Bürgerbrau-Keller eine Versammlung abgehalten. Fritz Erler sagte den Versammelten in seiner Begrüßungsansprache, dass sich die Sozialdemokraten nicht abseits vom deutschen Volk aufhielten, sondern mitten unter ihm wären: "Wir kämpfen nicht gegen diesen Staat, sondern um diesen Staat!" Kultusminister a. D. Arno Hennig sprach über das Welt- und Menschenbild der Jahrhundertmitte, das sich am Jahre 2 000 orientieren müsse. Prof. Dr. Arthur Rich, Dekan der Theologischen Fakultät der Universität Zürich (wie Fritz Erler Referent einer Arbeitsgruppe des Kirchentages) sprach über die Verantwortung des Volkes Gottes für den Menschen der industriellen Welt. Prof. Rich sprach über die industrielle Welt aus eigener Erfahrung, da er selbst in seiner Jugend, bevor er sich der Theologie zuwandte, fünf Jahre hindurch Arbeiter gewesen ist. "Die Kirche", führte er aus, "steht der Welt gegenüber und kann sich mit keiner gegebenen Sozialordnung identifizieren. Weder mit einer kapitalistischen, noch mit einer kommunistischen. Aber sie steht auch in der Welt. Die Welt wandelt sich und mit ihr wandelt sich die konkrete Verantwortung der Kirchen. In der kapitalistischen Produktion hat der Arbeiter das Produktionsinstrument nicht in der Hand, wie das Subjekt ein Objekt, sondern er ist selbst ein Produktionsinstrument. Weder ein "Sozialismus", der dies Verhältnis nicht ändert, noch ein Neo-Kapitalismus, der einen hohen Lebensstandard bietet, können bewirken, dass sich der Arbeiter nicht mehr als Mensch verneint fühlt und diese Verneinung des Menschen, das ist die soziale Frage. Eine "blosse Verbesserung des Betriebsklimas" löst sie nicht. "So wenig der Sklave durch psychologisch geschickte Behandlung aufhört, ein Sklave zu sein, so wenig hört der Arbeiter durch Human-Relations auf, seinem sozialen Status nach Arbeiter zu sein".

Nach diesem Vortrag setzte eine lebhafte Diskussion ein, an der sich ebenfalls recht viele Jugendliche beteiligten. Die religiösen Sozialisten konnten gleichgesinnte Freunde aus einer Reihe von europäischen Ländern begrüßen, die ebenfalls zum Kirchentag nach München gekommen waren.

+ + +